



Protokoll der 19. Sitzung des Einwohnerrates

vom 26. Mai 2010, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Raissa Bonjour, Doris Lagnaz, Hanspeter Stoll
Stadtpräsidentin Regula Gysin

Traktanden	Laufnummer
1. Bericht Stadtrat zum Postulat von Paul Pfaff namens der SVP-Fraktion betreffend „Umsetzung der vorhandenen Verkehrsvorschriften in der Rathaustrasse“ ://: <i>Abschreibung von Postulat.</i>	2010/100 2010/100a
2. Mittelfristiger Stellenplan (Entwicklungsplan 2011-2015) ://: <i>Überweisung an FIKO zur Vorberatung.</i>	2010/112-2
3. Stellenplan Stadtbauamt – Schaffung einer zusätzlichen 100%-Stelle im Bereich Stadtbauamt ://: <i>Überweisung an FIKO zur Vorberatung.</i>	2010/112-3
4. Bericht der Bau- und Planungskommission betreffend Quartierplanung Florhof ://: <i>Einstimmige Zustimmung in Konsultativabstimmung nach 1. Lesung.</i>	2009/99 2009/99a
5. Verfahrenspostulat von Regula Nebiker namens der SP-Fraktion betreffend „Verbesserung der Vertrauensbasis zwischen Verwaltung und Einwohnerrat“ ://: <i>Überweisung an GPK zur Vorberatung.</i>	2010/102
6. Postulat von Hanspeter Zumsteg namens der Grünen Fraktion betreffend „Öffentliche Stromversorgung Liestal mit 100% erneuerbarer Energie“ ://: <i>Überweisung an Stadtrat.</i>	2010/107
7. Motion von Michael Bischof und Martin Spiess der FDP-Fraktion, Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion und Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend „provisorische Nutzung aller technisch möglichen Flächen im Zentrum als Parkplätze während der Bauzeit des neuen Parkhauses Manor“ ://: <i>Überweisung als Postulat (vormals Motion, mit Anpassungen) an Stadtrat.</i>	2010/111

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) begrüsst die Ratsmitglieder sowie Gäste und Medienvertreter zur zweitletzten Sitzung des laufenden Amtsjahres.

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 21. April 2010

Das Ratsbüro hat das Protokoll der letzten Einwohnerratssitzung vom 21. April 2010 an der Büro-Sitzung vom 20. Mai 2010 ohne Änderung genehmigt.

Mitteilungen des Ratsbüros

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) informiert kurz über die wichtigsten Punkte sowie Entscheide der letzten Bürositzung vom 20. Mai 2010:

- Die Rückmeldetalons für das Amtsjahr-Schlussessen vom 23.06.2010 sind dem Ratschreiber bis am Schluss der heutigen Sitzung abzugeben.
- Die beiden Vorlagen Rechnung 2009 (Nr. 2010/105) sowie Finanzierungsbeitrag der Stadt Liestal an die Gartenbadsanierung der Sport- und Volksbad Gitterli AG (Nr. 2010/106) sind vom Büro der FIKO zur Vorberatung überwiesen worden.
- Betreffend der Kommunikation der einwohnerrätlichen Arbeit wird der Stadtrat gebeten, dem Büro einen Vorschlag betreffend Umsetzung der von der SP-Fraktion vorgeschlagenen Lösungsvariante „Forum der Parteien/Fraktionen im Liestal aktuell“ zu unterbreiten.
- Die Fraktionen haben die Nominationen für das Büro des Amtsjahres 2010/2011 sowie allfälliger Kommissionersatzwahlen dem Ratsschreiber bis am 22. Juni 2010, 12.00 Uhr, zu melden.

Die GOR-Mitglieder treffen sich in der Pause beim GOR-Präsidenten Walter Leimgruber betreffend der Besprechung des weiteren Vorgehens im Zusammenhang mit dem Einwohnerrats-Geschäftsreglement.

Stadtverwalter Christoph Rudin: Ratspräsident Adrian Mächler stellt fest, dass Herr Rudin Christoph heute letztmals in seiner Funktion als Stadtverwalter anwesend ist. Herr Rudin wird für sein Engagement und die geleistete Arbeit während seiner Anstellung bei der Stadt Liestal gedankt. Die Zusammenarbeit mit ihm hatte er als positiv, konstruktiv und angenehm empfunden. Ihm wird alles Gute für die Zukunft sowie viel Glück und Befriedigung an seinem neuen Arbeitsort gewünscht.

Stadtverwalter Christoph Rudin bedankt sich ebenfalls für die vergangene gute Zusammenarbeit mit dem Einwohnerrat. Er verlasse Liestal mit einem lachenden und weinenden Auge und wünsche den Ratsmitgliedern für die Zukunft alles Gute.

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Interpellation betreffend Kostenentwicklung im Bereich Sicherheit (Nr. 2010/113)
- Flyer von Dichter- und Stadtmuseum Liestal betreffend Ausstellung „Doppelzunge – Im Spannungsfeld von Mundart und Hochdeutsch“ vom 7. Mai 2010 bis 27. März 2011

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtrat Peter Rohrbach informiert darüber, dass die Vorlage „mittelfristiger Stellenplan“ (Nr. 2010/112-2) ein Bestandteil des Entwicklungsplanes 2011-2015 (Nr. 2010/112-1) ist, welcher dem Einwohnerrat bis Ende Juni zugestellt wird. Betreffend der Vorlage „mittelfristiger Stellenplan“ wird er beim Traktandum Nr. 2 noch orientieren.

Stimmzähler/innen

Gemäss Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen für die heutige Sitzung bestimmt:

- | | |
|-------------------|--------------------|
| - Vreni Wunderlin | 1: Seite FDP |
| - Philipp Senn | 2: Mitte |
| - Markus Meyer | 3: Seite SP, Grüne |
| - Sabine Sutter | 4: Büro |

Neue persönliche Vorstösse:

- Interpellation von Corinne Ruesch namens der Grünen Fraktion betreffend Kostenentwicklung im Bereich Sicherheit (Nr. 2010/113)

Traktandenliste

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass aus dem Rat keine Änderungen betreffend der Traktandenliste gewünscht werden.

164 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Bericht Stadtrat zum Postulat von Paul Pfaff namens der SVP-Fraktion betreffend „Umsetzung der vorhandenen Verkehrsvorschriften in der Rathausstrasse“ (Nr. 2010/100, Nr. 2010/100a)

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) kann nach Umfrage feststellen, dass vom Stadtrat keine Ergänzungen zum stadträtlichen Bericht zu machen sind.

Paul Pfaff (SVP) dankt als Postulant dem Stadtrat für die speditive Arbeit und rasche Umsetzung. Er kann sich mit den stadträtlichen Ausführungen gemäss Vorlage Nr. 2010/100a einverstanden erklären. Er freut sich auf die Umsetzung der Verkehrsvorschriften in der Rathausstrasse.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird vom stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2010/100a Kenntnis genommen.

://: Einstimmig wird das Postulat Nr. 2010/100 als erfüllt abgeschrieben.

165 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Mittelfristiger Stellenplan / Entwicklungsplan 2011-2015 (Nr. 2010/112-2)

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) informiert darüber, dass das Büro dem Einwohnerrat die Überweisung der Vorlage an die Finanzkommission (FIKO) zur Vorberatung beantragt.

Stadtrat Peter Rohrbach gibt anhand von Slides einige Hintergrundinformationen zur Vorlage des Stadtrates:

- Der prozentuale Anteil der Stadtverwaltung als Leistungserbringerin beträgt 42,9 % vom gesamten Personalaufwand. Darin ist beispielsweise die Lehrerschaft nicht enthalten.
- Die Matrix-Organisation ist auf Seite 7 der Vorlage abgebildet. Jedes Stadtratsmitglied hat die fachliche Verantwortung für die ihm unterstellten Bereiche. Dem Stadtverwalter obliegt die Leitung der Stabsstellen Recht/Sicherheit, Personaldienst sowie Zentralen Dienste. Daneben hat der Stadtverwalter auch eine Klammerfunktion, insbesondere als oberster Personalchef sowie für alle bereichsübergreifenden Projekte wie Entwicklungsplan, Vorschlag, Rechnung usw. Der Stadtrat hat in seinen Sitzungen eine Gesamtverantwortung, was auch eine Kontrolle von bereichsübergreifenden Vorlagen etc. mit sich bringt.
- Methodisch ist die Vorlage so aufgebaut, dass pro Bereich zu folgenden Punkten Aussagen gemacht werden: Aufgaben, welche wahrzunehmen sind; Aufgaben, welche gegebenenfalls ausgelagert werden könnten; Ausblick betreffend der Zu- oder Abnahme von Aufgaben; zu treffende mittelfristige Massnahmen.
- Der mittelfristige Stellenplan wird künftig ein fester Bestandteil des Entwicklungsplanes sein.
- Die Vorlage Nr. 2010/112-3 betreffend der Schaffung einer zusätzlichen 100%-Stelle für das Stadtbauamt ist bewusst ausgekoppelt worden.

Stadtrat Ruedi Riesen nimmt Bezug auf die stadträtliche Vorlage Nr. 2010/112-3 betreffend der Schaffung einer 100%-Stelle für das Stadtbauamt und hält folgende Punkte fest:

- Er gehe davon aus, dass der Rat mit grosser Wahrscheinlichkeit auch diese Vorlage an eine einwohnerrätliche Kommission überweisen werde, weshalb er an dieser Stelle inhaltlich nicht näher auf die Vorlage eingehe.
- Diesbezügliche Fragen möchte er gerne in einem späteren Zeitpunkt beantworten.
- Bereits an dieser Stelle betone er aber, dass die Vorlage dringlich behandelt werden sollte. So sind aktuell wieder drei neue Quartierpläne gekommen, welche in einem Zusammenhang mit dem Masterplan „Liestal Nord“ stehen. Liestal ist erfreulicherweise bei Investoren immer beliebter und für die Betreuung der verschiedenen Projekte fehlen dem Stadtbauamt die notwendigen Ressourcen.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) erklärt, dass sich der Rat nach den stadträtlichen Erläuterungen nun zum Eintreten auf das Geschäft äussern kann.

Pascal Porchet (FDP) orientiert, die FDP-Fraktion werde den Vorschlag des Büros für eine Überweisung der Vorlage an die FIKO unterstützen. Im Zusammenhang mit der Überweisung möchte seine Fraktion ein paar Gedanken mitgeben: Gemäss Städte-Ranking liegt Liestal auf dem 40. Platz und so kann er auch die Aussage von Stadtrat Ruedi Riesen unterstützen, dass die künftige weitere Entwicklung Liestals mehr Personal benötige, in welcher Form auch immer. Im Fokus muss aber beim vorliegenden Begehren sein, dass das Postulat „Aufwandbremse“ immer noch pendent und unbeantwortet ist. Wichtig ist auch, dass die Beschlussfassung betreffend der beantragten Stellenplan-Bandbreite von 66 – 70 Stellen eine Exekutivarbeit ist. Von der FIKO sollte bei der Vorberatung der Vorlage geklärt werden, wieviele Stellenprozente in Form von externen Aufträgen mitlaufen, sei dies bei der Beratung und Mitwirkung von QP's, der Festlegung von Waldbaulinienplänen etc. Nach wie vor strebe seine Fraktion an, dass die Stadt Liestal in steuertechnischer Hinsicht attraktiver werde.

Regula Nebiker (SP) kann sich dem Votum des Vorredners weitgehend anschliessen. Die Bemühungen des Stadtrates für eine Darstellung des Stellenplanes in einer Gesamtschau finde man gut, da darin auch aufgezeigt werde, welche Arbeiten gegebenenfalls extern erledigt werden könnten. Ihre Fraktion vertritt die dezidierte Meinung, dass die Organisation der Verwaltung eine Exekutivaufgabe ist und sich der Einwohnerrat diesbezüglich nicht einmischen sollte. Das abgebildete Organigramm birgt die Gefahr in sich, dass gar Management-Fragen debattiert werden. Ihre Fraktion könnte sich vorstellen, dass der stadträtliche Antrag für eine Festlegung der Stellenplan-Bandbreite direkt beraten würde. Denn mit diesem konstruktiven Vorschlag sind flexible Lösungen bei Änderungen möglich. Und wenn diese Bandbreite beschlossen würde, müsste auch über das nächste Geschäft betreffend der Schaffung einer zusätzlichen Stelle für das Stadtbauamt nicht diskutiert werden. Ihre Fraktion kann einer Überweisung der Vorlage an die FIKO zustimmen.

Corinne Ruesch (GL) meint, der vorliegende Stellenplan sei mit vielen Überlegungen und viel Arbeit erstellt worden. Wichtig ist es nun, dass sich die FIKO bei der Vorberatung der Vorlage genügend Zeit nehme. Denn damit kann vom Einwohnerrat für den Stadtrat und die Verwaltung eine strategisch verlässliche Grundlage für die Zukunft gegeben werden. Damit wird die operative Arbeit nicht behindert und der nötige Handlungsspielraum geschaffen. Auch ihre Fraktion spricht sich für eine Überweisung der Vorlage an die FIKO aus. Die Zahlen zeigen auf, dass vom Stadtrat in den letzten fünf Jahren im Personalbereich gut gearbeitet wurde und deshalb gebe es keinen Grund dafür, dass sich der Einwohnerrat in operative Geschäfte einschalten müsste.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann die Aussagen der beiden Vorrednerinnen unterstützen. Im Spannungsfeld stehen doch immer wieder die gleichen Fragen zur Diskussion, ob der Einwohnerrat nun Stellen oder einfach Geld bewilligen solle. Denn will man die Verwaltung in die Verantwortung nehmen, so sollte eigentlich Geld bewilligt werden. Damit hätte der Stadtrat die politische Verantwortung zu tragen, ob das Geld nun für die Stadtverwaltung oder externe Aufträge verwendet wird. Mit dieser Lösung würden sich Diskussionen um teilweise wenige Stellenprozente erübrigen. Seine Fraktion ist ebenfalls für eine Überweisung der Vorlage an die FIKO.

Dieter Epple (SVP) berichtet, auch seine Fraktion spreche sich für eine Überweisung an die FIKO aus.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen.

://: Einstimmig wird die Vorlage Nr. 2010/112-2 „mittelfristiger Stellenplan“ an die Finanzkommission (FIKO) zur Vorberatung überwiesen.

166 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Stellenplan Stadtbauamt – Schaffung einer zusätzlichen 100%-Stelle im Bereich Stadtbauamt (Nr. 2010/112-3)

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) informiert darüber, dass das Büro dem Einwohnerrat die Überweisung der Vorlage an die Finanzkommission (FIKO) zur Vorberatung beantragt. Stadtrat Ruedi Riesen hatte sich bereits beim vorgängigen Traktandum zu dieser Vorlage geäußert, weshalb sich nun die Fraktionssprecher zum Geschäft äussern können.

Regula Nebiker (SP) bemerkt, der Stellenantrag könnte wegen der Dringlichkeit auch direkt beraten und beschlossen werden, obwohl der Einwohnerrat die Stellenplan-Bandbreite gemäss Vorlage Nr. 2010/112-2 „mittelfristiger Stellenplan“ noch nicht festgelegt hat. Sollte die Vorlage an eine Kommission überwiesen werden, dann sollte dies an die Bau- und Planungskommission (BPK) und nicht an die FIKO sein. Die FIKO ist aktuell mit verschiedenen Vorlagen voll ausgelastet, gemäss Information des BPK-Präsidenten könnte hingegen seine Kommission das Geschäft bereits nächste Woche behandeln.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) legt dar, dass alle drei Vorlagen unter der Lauf-Nummer 2010/112 zusammenhängen und verknüpft sind. Ein Aufsplitten der Vorlagen im Zusammenhang mit der Vorberatung durch verschiedene einwohnerrätliche Kommissionen mache deshalb keinen Sinn. Seine Fraktion stimme dem Vorschlag des Büros für eine Überweisung an die FIKO zu.

Pascal Porchet (FDP) erklärt, auch seine Fraktion werde im Sinne einer gesamtheitlichen Schau einer Überweisung der Vorlage an die FIKO zustimmen. Die Kommission wird die Vorlage sicher mit der entsprechenden Priorität behandeln.

Corinne Ruesch (GL) meint, die Vorlage stehe in einem direkten Zusammenhang mit dem mittelfristigen Stellenplan, weshalb sich ihre Fraktion dafür ausspreche, dass diese ebenfalls an die FIKO überwiesen wird.

Hanspeter Meyer (SVP) informiert, auch seine Fraktion möchte die beiden Personalgeschäftsvorlagen nicht trennen und deshalb einer Überweisung an die FIKO zustimmen. In seiner Fraktion wurde diskutiert, dass es allenfalls sinnvoller wäre, ein Kostendach für den Personalaufwand zu bewilligen, damit nicht über einzelne Stellen diskutiert werden müsse.

Regula Nebiker (SP) hält betreffend ihrem Antrag für eine Überweisung der Vorlage an die BPK ergänzend fest, dass die BPK die Situation des Stadtbauamtes wohl eher als die FIKO kennen dürfte und sich deshalb auch besser mit den Aufgaben der neu beantragten Stelle auseinandersetzen könne. Auf keinen Fall soll die Vorlage an mehrere Kommissionen überwiesen werden. Wichtig ist, dass der Rat an der nächsten Sitzung über den vorliegenden Antrag beschliessen kann.

Stadtrat Ruedi Riesen ist froh darüber, dass das Geschäft an die BPK oder aber an die FIKO überwiesen wird, damit er in der betreffenden Kommission noch über die Aufgaben der beantragten Stelle im Detail informieren kann. Wichtig ist vor allem, dass die Stelle ab 1. September 2010 besetzt werden kann.

Peter Stengle (SP) meint aus der Sicht als FIKO-Mitglied, dass es dieser nicht möglich sein wird, ein gutes Resultat vor September 2010 bringen zu können. Es macht Sinn, dass die Vorlage vom Inhalt her doch eher an die BPK überwiesen würde, da diese das Geschäft auch in Kürze beraten könnte.

Heinz Lurf (FDP) führt als FIKO-Präsident aus, dass seine Kommission mit verschiedenen Vorlagen gut ausgelastet sei: Der Kommissionsbericht betreffend der Rechnung 2009 sollte bis zur Ratssitzung vom Juni 2010 und der Bericht betreffend dem Finanzierungsbeitrag an die Sport- und Volksbad Gitterli AG bis zur Ratssitzung vom August 2010 vorgelegt werden können.

Matthias Zimmermann (SP) erklärt als BPK-Präsident, seine Kommission könnte die Vorlage bereits an der Sitzung vom kommenden Montag behandeln.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) sagt, es könne doch nicht sein, dass nun wegen der Dringlichkeit die beiden Personalgeschäfte an unterschiedliche Kommissionen überwiesen werden. Die beiden Vorlagen gehören zusammen und sollten von der FIKO vorberaten werden. Gegebenenfalls müsste diese halt eine ausserordentliche Sitzung einberufen.

Stadtrat Ruedi Riesen sieht die Gesamtzusammenhänge der beiden Vorlagen auch. Doch muss der Antrag des Stadtbauamtes nicht unbedingt in einen Gesamtzusammenhang mit dem mittelfristigen Stellenplan gestellt werden. Angesichts der Dringlichkeit wird um eine praktische Analyse gebeten. In aller Ernsthaftigkeit wird vom Stadtbauamt die Stellenbesetzung ab 1. September 2010 beantragt. Die beantragte Stelle ist im mittelfristigen Stellenplan eingebettet und die Aufgaben der zusätzlichen Stelle sind definiert. Für die weitere Entwicklung von Liestal ist es wichtig, dass dafür vom Stadtbauamt die nötigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden können. Die Notwendigkeit von zusätzlichen Stellenprozenten für das Stadtbauamt ist von ihm bereits anfangs Jahr im Einwohnerrat vorangezeigt und von ihm auch bewusst öffentlich gemacht worden. Gemäss einer soeben angestellten Hochrechnung beläuft sich der Anteil an externen Arbeiten für Quartierplanungen durchschnittlich zwischen 1:7 und 1:9 Planerstellen. Ein Ratsentscheid ist noch vor der Sommerpause nötig, damit die Stelle ausgeschrieben werden kann.

Erika Eichenberger (GL) meint, man diskutiere nun bereits operative Fragen und Punkte. Den Aussagen der Votanten kann entnommen werden, dass die Stellenprozente neu als Globalbudget beschlossen werden sollen und im vorliegenden mittelfristigen Stellenplan auch der Antrag des Stadtbauamtes für die Schaffung einer zusätzlichen 100%-Stelle integriert ist. Die beiden Vorlagen sollten deshalb von der FIKO dringlich beraten werden, damit der Stadtrat künftig bei weiteren Stellenbegehren innerhalb der beschlossenen Bandbreite selbst entscheiden kann.

Regula Nebiker (SP) hält fest, der Antrag des Stadtbauamtes sollte dringlich und mit Priorität behandelt werden. Der mittelfristige Stellenplan könnte immer noch im Zusammenhang mit dem Entwicklungsplan 2011-2015 beraten werden. Sollte die FIKO die Vorlage des Stadtbauamtes Nr. 2010/112-3 dringlich behandeln können, so würde auch ihre Fraktion einer Überweisung der Vorlage an die FIKO zustimmen.

Heinz Lurf (FDP) äussert als FIKO-Präsident, die dringliche Beratung der Stadtbauamt-Vorlage Nr. 2010/112-3 ist wohl unbestritten und so werde er zusammen mit seinen Kommissionsmitgliedern in der Pause die Terminierung einer FIKO-Einschaltssitzung veranlassen.

Peter Stengle (SP) legt dar, dass die FIKO mit Ressourcenproblemen zu kämpfen habe. Er verstehe es deshalb nicht, dass die Vorlage nun nicht an die BPK überwiesen werden soll.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden. Die Ratsmitglieder werden über das Abstimmungsprozedere in Kenntnis gesetzt.

://: Für eine Überweisung der Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) sprechen sich 11 Ratsmitglieder und für eine Überweisung an die Finanzkommission (FIKO) sprechen sich 22 Ratsmitglieder aus.

://: Mit 30 Ja-Stimmen gegen 0 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen wird die Vorlage Nr. 2010/112-3 an die Finanzkommission (FIKO) zur Vorberatung überwiesen.

167 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Bericht der Bau- und Planungskommission betreffend Quartierplanung Florhof (Nr. 2009/99, Nr. 2009/99a)

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) informiert darüber, dass die Vorlage gemäss § 76 des Einwohnerratsgeschäftsreglementes 2-fach zu beraten ist. Die zweite Lesung wird auf eine der nächsten Ratssitzungen traktandiert.

Lorenz Rudin (FDP) hält kurz als BPK-Vizepräsident die wichtigsten Punkte betreffend des Kommissionsberichtes fest: Der QP Florhof war von Anfang an in der BPK unbestritten, trägt dieser doch zu einem verdichteteren Bauen im Zentrum bei. Der erste Änderungsantrag betreffend der Schaffung eines Erschliessungsbereiches im QP bezweckt, dass die Ein- und Ausfahrten zu den geplanten Parkierungsmöglichkeiten gegenüber dem heutigen QP optimiert werden dürfen. Zudem soll der Stadtrat nur geringfügige Abänderungen zum vorliegenden QP genehmigen dürfen. Trotz den im Bericht erwähnten Bedenken der kantonalen Denkmal- und Heimatschutzkommission (DHK) spricht sich die BPK für die 6-geschossigen Bauten beim Kantinenweg aus. Ebenfalls soll der Attika-Vorsprung von 1,5 Metern beibehalten werden. Damit wird weder das Manor-Gebäude konkurrenziert noch das Stadtbild beeinträchtigt. Eine Beeinträchtigung des Stadtbildes wäre nur bei den Gebäuden beim Obergestadeckweg möglich, denn diese beiden geplanten Gebäude wurden bewusst tief gehalten. Durch die erwähnten verschiedenen Gebäudehöhen und durch die Versetzung der beiden höheren Gebäude auf Seite Kantinenweg wird der Quartierplan aufgelockert. Aus diesem Grund ist die Baudichte vertretbar und zudem entspricht dies auch dem Ergebnis des Planungswettbewerbes. Ein Riegelbau auf Seite Kantinenweg soll verhindert werden, würde dieser doch eine Riegelfunktion zur Altstadt einnehmen. Aufgrund der aufgeführten Argumente ist die BPK einstimmig der Meinung, dass die Argumentation der DHK nicht stichhaltig ist. Der Einwohnerrat wird gebeten, den BPK-Anträgen zu folgen.

Stadtrat Ruedi Riesen macht anhand von Skizzen einige Ergänzungen betreffend dem Bau- feld 1 „Manor“, dem Bau- feld 2 „Gestadeck“ und Bau- feld 3 „Parkplatz Gestadeck“. Der Antrag der BPK kann unterstützt werden, dass alle drei Bau- felder über den Kantinenweg zu erschliessen sind. Betreffend der geäusserten Bedenken der kantonalen Denkmalpflege sei festgehalten, dass es sich bei der kantonalen Denkmalpflege um eine Stelle handelt, welche dem kantonalen Amt für Raumplanung unterstellt ist. Nach den Einwänden der DHK hatte die Stadt mit dem Amt für Raumplanung Kontakt aufgenommen und dieses Amt hatte keine ablehnende Haltung betreffend dem QP Florhof eingenommen. Die Planungshoheit liegt bei der Stadt und deshalb lässt man sich durch gewisse Äusserungen der DHK auch nicht aus der Ruhe bringen. Ob die Bauten nun fünf- oder sechsgeschossig realisiert werden, spielt aus Sicht vom Kantinenweg her keine Rolle, da von dort aus die Sicht auf die Altstadt sowieso schon verbaut ist. Das Konzept mit einer abfallenden Topografie der Bauten zur Altstadt hin ist auch von der DHK begrüsst worden. Betreffend der Realisierbarkeit des QP Florhof sei festgehalten, dass damit erst nach Abschluss der Manor-Bauten begonnen werden kann und somit ist keine Dringlichkeit gegeben.

Hanspeter Meyer (SVP) erklärt, seine Fraktion stehe hinter dem QP Florhof und werde den BPK-Anträgen zustimmen.

Hanspeter Zumsteg (GL) orientiert, auch die Grüne Fraktion wird den BPK-Anträgen zustimmen.

Franz Kaufmann (SP) teilt mit, dass es wichtig sei, dass die Schaffung von attraktivem Wohnraum in der Nähe der Altstadt Sinn macht, da damit auch das Stedtli vermehrt belebt wird und zum noch vorhandenen Bauland Sorge getragen wird. Die SP-Fraktion wird die BPK-Anträge ebenfalls unterstützen. Bei all den Quartierplänen kommen bei ihm aber immer

wieder Gefühlsaspekte auf, die ihm doch sehr weh tun. Auch beim vorliegenden Quartierplan werden einmal mehr ganze Quartiere mit Wohnungen, Handwerkerfirmen, Kleinunternehmungen etc. wegrasiert. Und so ist er sich oftmals nicht mehr sicher, ob sich im künftigen Liestal noch alle wohl fühlen werden.

Pascal Porchet (FDP) berichtet, auch seine Fraktion werde den BPK-Anträgen zustimmen. An dieser Stelle möchte er den Gedankenanstoss machen, dass bis zur 2. Lesung des QP Florhof vom Stadtbauamt die Einwände der Arealbaukommission sowie der Denkmal- und Heimatschutzkommission geklärt werden, damit vermieden werden kann, dass nach der einwohnerrätlichen Beschlussfassung des QP Florhof noch ein juristisches Hickhack zwischen dem Kanton und der Stadt entstehe. Die Aussagen des Amtes für Raumplanung gemäss vorgängigen Ausführungen von Stadtrat Ruedi Riesen sollten bis spätestens zur 2. Lesung im Einwohnerrat schriftlich vorliegen. Die vom Vorredner gemachten sentimentalen Aussagen betreffend den sich ergebenden Folgen und Konsequenzen der verschiedenen grösseren Überbauungen kann er ebenfalls unterstützen.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) orientiert, auch seine Fraktion werde den BPK-Anträgen betreffend dem QP Florhof zustimmen.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden. Er orientiert darüber, dass über die Anträge an der heutigen Sitzung nur konsultativ abgestimmt wird. Verbindlich sind erst die Beschlüsse der 2. Lesung an einer nächsten Einwohnerratssitzung.

Konsultativ-Abstimmung nach 1. Lesung

- ://: Dem Antrag der BPK betreffend die Änderung von § 7 „Erschliessung“ des Quartierplan-Reglements, so dass ein Erschliessungsbereich ausgeschieden werden kann, wird einstimmig zugestimmt.
- ://: Dem Antrag der BPK betreffend die Änderung des Teilplanes Nr. 1 „Bebauung, Aussenraum, Erschliessung und Etappierung“, so dass ein Erschliessungsbereich ausgeschieden werden kann, wird einstimmig zugestimmt.
- ://: Dem Antrag der BPK betreffend die Änderung des ersten Satzes des § 12 „Abweichungen / Ausnahmen“, so dass er neu heisst „In Abwägung öffentlicher und privater Interessen sowie in Würdigung der besonderen Umstände des Einzelfalls kann der Stadtrat geringfügige Abweichungen bzw. Ausnahmen von diesen Quartierplanvorschriften gestatten.“, wird einstimmig zugestimmt.
- ://: Gemäss den Anträgen des Stadtrates sowie der BPK werden die Quartierplanvorschriften „Florhof“, bestehend aus dem Quartierplanreglement, dem Teilplan Nr. 1 „Bebauung Aussenraum, Erschliessung und Etappierung“ und Teilplan Nr. 2 „Gebäude- und Terrainprofile, Schnitte“ einstimmig beschlossen/gutgeheissen.

168 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Verfahrenspostulat von Regula Nebiker namens der SP-Fraktion betreffend „Verbesserung der Vertrauensbasis zwischen Verwaltung und Einwohnerrat“ (Nr. 2010/102)

Das Verfahrenspostulat hat folgenden Wortlaut:

SP Fraktion

Verfahrenspostulat

Verbesserung der Vertrauensbasis zwischen Verwaltung und Einwohnerrat

Wir stellen in letzter Zeit bei verschiedenen politischen Geschäften eine zunehmende Entfremdung zwischen Stadtverwaltung und Einwohnerrat fest. Besonders deutlich kam dies zum Ausdruck anlässlich der Budgetkürzungen im Dezember. Eine solche Entwicklung darf das Parlament nicht unberührt lassen. Sie kann zum Verlust der Vertrauensbasis führen, was sehr schädlich für Liestal wäre. Wir führen die Entwicklung unter anderem auch darauf zurück, dass sich Verwaltung und Ratsmitglieder zu wenig kennen. Es würde dem Einwohnerrat gut anstehen, wenn er sich vermehrt um die täglich geleistete Arbeit der Angestellten der Stadtverwaltung kümmern würde.

Dies fällt in den Aufgabenkreis der GPK, die zur Aufgabe hat, die Rechtmässigkeit der Verwaltungstätigkeit zu überprüfen. In anderen Parlamenten ist es üblich, dass eine GPK von sich aus in einem bestimmten Turnus eine oder zwei Dienststellen der Verwaltung besucht. Diese periodischen Besuche bieten den Verwaltungsstellen die Gelegenheit, ihre Arbeit konkret vorzustellen und auch auf Probleme aufmerksam zu machen. Diese Besuche werden in der Regel von beiden Seiten als vertrauensbildend und sehr fruchtbar erlebt.

In Liestal hat sich die GPK des Einwohnerrats in den letzten Jahren jedoch fast nur noch auf die Behandlung der Amtsberichte beschränkt. Die Kommission hatte ohne konkreten Auftrag aus dem Einwohnerrat keinen Kontakt mit den Verwaltungsstellen. Wir beantragen daher, dass sich die GPK zum Ziel setzt, neben den üblichen Geschäften, pro Jahr mindestens eine Dienststelle der Stadtverwaltung zu besuchen und dem Rat Bericht zu erstatten.

Liestal, den 15. März 2010

Im Namen der SP Fraktion:

R. Nebiker

* * * * *

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt nach erfolgter Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist. Ein Verfahrenspostulat wird überwiesen an das Büro oder an eine Kommission. Das Büro oder die Kommission hat dann innerhalb von sechs Monaten Bericht zu erstatten oder eine Vorlage zu unterbreiten. Nach der Stellungnahme des Büros wird dann die Postulantin noch zu ihrem Vorstoss Stellung nehmen. Anschliessend wird sich der GPK-Präsident äussern, da an seine Kommission das Verfahrenspostulat überwiesen werden soll. Nach der Beratung und Diskussion im Rat wird alsdann über die weitere Behandlung des Verfahrenspostulates abgestimmt.

Regula Nebiker (SP) meint, sie möchte als Postulantin vorgängig dem Büro eine Stellungnahme abgeben.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) kann sich mit dem Vorgehensvorschlag von Regula Nebiker einverstanden erklären.

Regula Nebiker (SP) betont, dass es sich beim Verfahrenspostulat um keinen politischen Vorstoss handelt. Das Verfahrenspostulat beinhaltet innere arbeitsorganisatorische Belange des Einwohnerrates und mit einer Überweisung an die GPK könnte diese das Nötige betreffend der Umsetzung in einer angemessenen Art veranlassen. Der Umgang mit dem Verfahrenspostulat hat doch zu einer gewissen Ratlosigkeit im Einwohnerrat geführt, was erstaune, da man mit dem Postulat doch nur eine Selbstverständlichkeit in Erinnerung rufen wolle. Die GPK ist ein obligatorisches Kontrollorgan gemäss Gemeindegesetz und hat unter anderem die Aufgabe, die Oberaufsicht über alle Gemeindebehörden und Verwaltungszweige durchzuführen. Dies ist so auch im Geschäftsreglement des Einwohnerrates festgehalten. In den Kantonen und Gemeinden kommen die GPK's dieser Kontrollpflicht nach, indem sie nach einem bestimmten Schema in ein bis zwei Bereichen die Verwaltung besuchen und anschliessend Bericht erstatten. Diese Prüfung muss überhaupt nicht mit gewissen Verdachten und Unregelmässigkeiten in Zusammenhang stehen. Dies wurde von der GPK Liestal in früheren Jahren gemacht, doch sind diese GPK-Aufgaben in den letzten Jahren untergegangen und nicht mehr ausgeführt worden. Unter ihrem Präsidium hatte die GPK beispielsweise vor sechs Jahren diesen Auftrag noch erfüllt. Es wäre wünschens- und begrüßenswert, wenn die GPK diese Aufgabe künftig wieder erledigen würde. Dabei muss nicht die gesamte GPK einen ganzen Verwaltungszweig mit ihren Besuchen lahmlegen und mit diesem Kaffee trinken. Ein Verwaltungsbereich könnte auch nur von einer GPK-Delegation mit einem vorbereiteten Fragebogen besucht werden. Sie und Erika Eichenberger hatten vor sechs Jahren der Verwaltung einen Besuch im Zusammenhang mit der Verwaltung und Verwahrung der Abfallvignetten abgestattet. Dieser Besuch war sehr aufschlussreich gewesen und hatte zu einem sinnvollen GPK-Bericht geführt. Ihre Fraktion wünscht, dass die GPK auch solche Arbeiten und Aufgaben erledigen würde. Aus eigener beruflicher Erfahrung beim Bund und beim Kanton weiss sie, dass der Besuch einer parlamentarischen Vertretung in der Verwaltung doch Sinn macht. Solche Besuche tragen zu einer Verbesserung der Vertrauensbasis sowie besseren Stimmung bei.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) informiert über die wichtigsten Voten sowie Überlegungen des Ratsbüros, welche bei der Beratung des Verfahrenspostulates an der Bürositzung vom 15. April 2010 festgehalten wurden: Es ist eine Entfremdung vom Einwohnerrat zum Stadtrat und nicht vom Einwohnerrat zur Verwaltung feststellbar, so war beispielsweise die Kürzung des Budgets 2010 ein Geschäft zwischen dem Stadtrat und dem Einwohnerrat und nicht zwischen dem Einwohnerrat und der Verwaltung. Die Wertschätzung sowie das Interesse an und für die Verwaltungstätigkeiten sollte durch den Einwohnerrat gezeigt werden. Sollte das Verfahrenspostulat überwiesen werden, so wäre die GPK die richtige zuständige Kommission. Eine punktuelle Kontaktaufnahme der GPK bei Bedarf und im Zusammenhang mit der Vorprüfung des Amtsberichtes 2009 wäre sinnvoll. Der GPK sollten eher punktuelle Aufträge erteilt werden, Besuche der Verwaltung gehören nicht zur Grundaufgabe der GPK. Der Kontakt mit der Verwaltung gibt ein vollständigeres Bild und die Verwaltung könnte sich dabei auch positiv darstellen. Mit grossem Mehr hatte sich das Büro für eine Überweisung des Verfahrenspostulates an die GPK ausgesprochen.

Dieter Epple (SVP) erklärt als GPK-Präsident, dass der Besuch von Dienststellen auf der Verwaltung ohne Geschäfte keinen Sinn mache, sondern nur Zeit und Geld koste. Auch die Verwaltungsangestellten sind nicht unbedingt auf Besuche der GPK erpicht. Es steht aber ja jedem Ratsmitglied frei, auf der Verwaltung vorbeizugehen und Grüezi zu sagen. Und sollte das Interesse der Verwaltung an der Einwohnerratsarbeit tatsächlich so gross sein, müsste doch eigentlich auch deren Präsenz der Verwaltungsangestellten auf der Tribüne an den Ratssitzungen grösser sein.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) informiert, dass ihre Fraktion den jährlichen Besuch der GPK bei einer Dienststelle befürwortet. Dies würde sicher mehr Einsicht und Verständnis für einzelne Abläufe in der Verwaltung mit sich bringen. Möglicherweise könnten von der GPK auch Schwachstellen festgestellt werden. Die GPK-Besuche würden als Wertschätzung des Einwohnerrates gegenüber der Verwaltung verstanden. Ihre Fraktion ist für eine Überweisung des Verfahrenspostulates an die GPK.

Meret Kaufmann (GL) meint, dass sich der Einwohnerrat und die GPK ja nicht in die operativen Geschäfte der Verwaltung einmischen will. Es fehlt sicher nicht am Vertrauen zwischen der Verwaltung und dem Einwohnerrat. Doch ihre Fraktion ist der Meinung, dass die GPK ihre Aufgaben aktiv wahrnehmen sollte, weshalb sie mehrheitlich einer Überweisung des Verfahrenspostulates an die GPK zustimmen wird.

Peter Stengle (SP) meint, er selbst hatte als früherer Mitarbeiter einer Verwaltung die jährlichen GPK-Besuche geschätzt. Diese Besuche waren sicher mit einem Mehraufwand verbunden, doch ist damit die Wertschätzung für die Verwaltungstätigkeiten rübergekommen. Diese Besuche wurden mit Fragebogen vorbereitet und verwaltungsseitig konnten dann auch Anliegen vorgebracht werden.

Franz Kaufmann (SP) nimmt Bezug auf § 24 des gültigen Geschäftsreglementes des Einwohnerrates und stellt fest, dass darin unter anderem der Auftrag an die GPK für die Prüfung der Geschäftstätigkeiten der Behörden und Gemeindebeamten festgehalten ist.

Michael Bischof (FDP) äussert, das Verfahrenspostulat sei eine Arbeitsbeschaffung und ist eine Einmischung in operative Angelegenheiten. Eine Vermischung der Kompetenzen wird angezettelt und eine Verbesserung der Vertrauensbildung ist unnötig, da dieses Vertrauen grundsätzlich bereits vorhanden ist. Eine Institutionalisierung der GPK-Besuche bringt nur Mehrarbeiten für die GPK mit sich. Die GPK hat wohl den Auftrag, die Aufgaben sowie Tätigkeiten der Verwaltung zu überprüfen, aber nicht zum Händchen-Halten und auf Gutvertrauen-Machen. Wenn konkrete Aufgaben der GPK formuliert sind, hätte die beauftragte Kommission eine konsequente Prüfung auf einer Vertrauensbasis mit Beachtung der Würde der Mitarbeitenden zu vollziehen. Der vorgängig erwähnte Besuch durch eine Zweierdelegation der GPK wäre vermutlich wirkungslos und kaum subjektiv. Die GPK soll sich weiterhin jenen Sachen widmen, welche zu überprüfen sind. Eine Überweisung des Verfahrenspostulates ist abzulehnen, damit nicht ein weiterer Aufwand generiert wird.

Philipp Senn (SP) nimmt Bezug auf das Votum seines Vorredners und betont, dass es sich absolut nicht um eine Arbeitsbeschaffung handle. Denn es wäre vielmehr eine Arbeitsverweigerung, würde die GPK nicht ihre Aufgaben erfüllen, wie sie im Geschäftsreglement des Einwohnerrates definiert sind. Betreffend der vom GPK-Präsidenten erwähnten Generierung von Kosten seit festgehalten, dass bei Besuchen der GPK gar Probleme angeschaut werden könnten, bevor es überhaupt zu Fehlleistungen kommt. Die GPK soll die ihr zugeordneten Aufgaben weiterhin wieder erfüllen.

Pascal Porchet (FDP) findet es schwierig, wenn die GPK ohne konkreten Aufträge und Aufgaben in der Verwaltung auftaucht. In der GPK hatte man aus der Verwaltung die Rückmeldung erhalten, dass verwaltungsseitig der GPK-Besuch im Zusammenhang mit einem früheren Vorfall betreffend der Abfallvignetten positiv wahrgenommen worden war. Bei weiteren Vorfällen soll es weiterhin Aufgabe der GPK sein, diese zu analysieren und Bericht zu erstatten. Bei der aktuellen Praxis der GPK kann nicht von Arbeitsverweigerung die Rede sein, wird doch die Verwaltung von Fall zu Fall im Zusammenhang mit der Prüfung des Amtsberichtes von der GPK kontaktiert. Der GPK-Fragenkatalog könnte gegebenenfalls noch mit „Fragen und Anliegen aus der Verwaltung“ ergänzt werden. Sitzungen der GPK in der Verwaltung mit dem Ziel der Befragung der Mitarbeitenden nach ihrem Wohlbefinden machen aus seiner Sicht keinen Sinn.

Erika Eichenberger (GL) sagt, das Zusammensitzen der GPK mit der Verwaltung ohne vorbereiteten Fragebogen etc. wäre tatsächlich vermessen und eine reine Zeitverschwendung. Vor ein paar Jahren sind im Zusammenhang mit der Prüfung des Amtsberichtes verschiedene Fragen betreffend dem Bildungsbereich aufgetaucht. Mitglieder der Bereichsleitung hatten diese Fragen an einer GPK-Sitzung erläutert. Dieses Gespräch hatte einen tieferen Einblick in den Bildungs- und Schulbereich gegeben, was schlussendlich doch sicher ein Gewinn für alle Gesprächsteilnehmer war. Ihre Fraktion ist zurückhaltend, ist die Rede von regelmässigen und turnusgemässen Dienststellenbesuchen, wie dies im Verfahrenspostulat vorgeschlagen wird. Es ist aber auch der Wunsch ihrer Fraktion, dass die GPK vermehrt aktiv wird, ohne aber dabei die Anzahl an vorzunehmenden GPK-Besuchen definieren zu wollen.

Walter Leimgruber (SP) unterstützt das Verfahrenspostulat aus folgenden Gründen: Als früherer Sozialhilfebehördepräsident hatte er die Erfahrung gemacht, dass bei Gesprächen der GPK mit Mitarbeitenden der Sozialen Dienste und zuständigen Behörde einige Vorurteile abgebaut und Klarheiten geschaffen werden konnten. Zudem wird in der Einleitung zum Amtsbericht festgehalten, dass die üblich laufenden Geschäfte der operativen Ebene unerwähnt bleiben. So wird im Amtsbericht nur Rechenschaft über die im Jahresprogramm definierten Themen und Projekte abgelegt, die Tagesgeschäfte der Verwaltung werden jedoch nicht thematisiert.

Matthias Zimmermann (SP) meint, der Einwohnerrat habe als oberstes Gremium der Stadt Liestal die Führungsaufgabe wahrzunehmen. Führen heisst auch kontrollieren, sich Bericht erstatten zu lassen und Stellung zu nehmen. Andererseits muss aber Vertrauen aufgebaut werden, indem die Arbeiten des Stadtrates und der Verwaltung wichtig genommen werden. Dies wohlwollend, aber kritisch verfolgend. Und für diese einwohnerrätliche Aufgabe ist die GPK vorgesehen, weshalb das Verfahrenspostulat an diese Kommission überwiesen werden sollte. Das Parlament hat in letzter Zeit seine Führungsrolle betreffend dem Vertrauen in die Verwaltung nicht immer ganz sauber gespielt, da man doch eher Bälle in die Verwaltung gespielt hatte, welche Misstrauen und Unsicherheiten produzierten. Mit dem Verfahrenspostulat könnte wieder Aufbauarbeit geleistet werden.

Hanspeter Meyer (SVP) hat das Gefühl, dass man nun unter dem Titel Vertrauen oder Misstrauen etwas Neues erfinden möchte. Die gesetzlichen Aufträge der GPK sind definiert und in der GPK sind alle Fraktionen vertreten. Sollte nun jemand das Gefühl haben, dass die GPK im einen oder anderen Fall zu wenig aktiv sei, so könnten dies die Fraktionen über deren GPK-Mitglieder einbringen. Er sei deshalb ebenfalls gegen eine Institutionalisierung der Verwaltungsbesuche durch die GPK.

Michael Bischof (FDP) unterstützt das Votum seines Vorredners. Betreffend den Aussagen von Matthias Zimmermann sei festgehalten, dass der Einwohnerrat eine strategische, jedoch keine personelle Führungsaufgabe habe.

Regula Nebiker (SP) stellt fest, dass ihr Verfahrenspostulat eigentlich keine Neuerungen beinhalte und bezwecke, sondern dass nur Eingeschlafenes wieder geweckt werden solle.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden. Unbestritten ist auch, dass das Verfahrenspostulat nur an die GPK und an keine andere Kommission überwiesen werden soll.

://: Mit 19 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen wird das Verfahrenspostulat an die Geschäftsprüfungskommission (GPK) überwiesen.

169 0.01.011.01 Einwohnerrat

**6. Postulat von Hanspeter Zumsteg namens der Grünen Fraktion
betreffend „Öffentliche Stromversorgung Liestal mit 100% erneuer-
barer Energie“ (Nr. 2010/107)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

*Einwohnerrat Liestal
Hanspeter Zumsteg, namens der Grünen Fraktion*

**Postulat:
Öffentliche Stromversorgung Liestal mit 100% erneuerbarer Energie**

Die Auszeichnung Liestals mit dem Energiestadt-Label 2008 ist erfreulich – sie verpflichtet aber auch zu weiteren konkreten Umsetzungs-Schritten, insbesondere in Richtung Energieeffizienz und erneuerbarer Energie.

Dazu gehört auch die Verwendung von möglichst viel erneuerbarer Energie für die gemeindeeigenen Betriebe (Verwaltung, Werkhof, Schulgebäude und öffentliche Beleuchtung).

Der heutige Strommix der EBL setzt sich zusammen aus: 58 % Atomenergie, 1% fossile Energie, 17 % nicht überprüfbare Energieträger und nur 24 % klar erneuerbare Energien.

*Die EBL bietet aber auch Naturstromprodukte an mit einem bescheidenen Aufpreis:
- Rheinstrom +3 Rp./kWh (sauberer Strom aus den regionalen Rheinkraftwerken)
- Mix Rhein-/Solarstrom + 6Rp./kWh (96% Wasserkraft und 4 % Solarstrom aus dem Baselbiet)*

Bereits haben verschiedene Gemeinden in der Region diesen Schritt getan (z.B. schreibt Muttenz auf der aktuellen Homepage: "Für Muttenz gilt ab 2010: 100% erneuerbare Energie - 0% nichterneuerbare Energie. ...der Gemeinderat legt auf die Vorbildfunktion der Gemeinde grossen Wert. Damit sollen Private, Firmen und weitere Organisationen sich ihrer energiepolitischen Verantwortung bewusst werden und als Kunden ihr Bezugsverhalten überdenken - und es der Gemeinde gleich tun...")

Liestal als Energiestadt muss sich energiepolitisch konsequent positionieren!

*Wir bitten den Stadtrat
zu prüfen, wie die Umstellung der öffentlichen Stromversorgung in Liestal (Verwaltung, Werkhof, Schulen und öffentliche Beleuchtung) auf 100% erneuerbare Energie umgesetzt werden könnte, und dem Einwohnerrat einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten.*

Liestal, den 18. April 2010

Hanspeter Zumsteg, Grüne Fraktion

* * * * *

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, der Stadtrat sei gewillt, das Postulat zu übernehmen.

Hanspeter Zumsteg (GL) weist als Postulant darauf hin, dass in Liestal das Standortmarketing in den letzten Jahren zu einem wichtigen Thema geworden sei. Dazu gehört auch, dass Liestal vor zwei Jahren das Energiestadt-Label erhalten habe. In der Nordwestschweiz gibt es einige Gemeinden, welche auf ihrer Homepage und in ihren Publikationen damit werben, dass sie auf 100 % erneuerbare Energie umgestellt haben. Zu diesen Gemeinden gehören unter anderem Arlesheim, Aesch, Muttenz und Reinach. Diesen Schritt planen auch andere grosse Gemeinden wie Allschwil, Binningen, Birsfelden, Münchenstein und Oberwil. Seit zwei Jahren ist Liestal daran, seine Energieeffizienz Schritt um Schritt zu verbessern, den Einsatz erneuerbarer Energie zu erhöhen und zu fördern. Die Energiekommission begleitet den Stadtrat auf diesem Weg und gibt der Einwohnerschaft nützliche Energietipps im Liestal aktuell. Aber richtig glaubwürdig ist die Stadt nur dann, wenn sie selber mit dem guten Beispiel vorangehe. Mit dem Postulat wird der Stadtrat gebeten, die Umstellung der öffentlichen Stromversorgung auf 100% erneuerbare Energie zu prüfen. Vielleicht kann der Stadtrat mit der in Liestal ansässigen Elektra Baselland gar einen Vorzugstarif aushandeln. Der Rat wird um Überweisung des Postulates an den Stadtrat gebeten.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) unterstützt das Votum ihres Vorredners und hält ergänzend fest, dass die erneuerbare Energie auch im Kanton ein starkes und grosses Thema ist, weshalb diesbezüglich immer wieder Vorstösse eingereicht werden. Ihre Fraktion wird der Überweisung des politischen Vorstosses zustimmen.

Hansrudolf Schafroth (SVP) erklärt, das Postulat enthalte klare Forderungen betreffend der Umstellung auf 100% erneuerbare Energie und habe sogar Motions-Charakter. Sollte das Postulat an den Stadtrat überwiesen werden, würde sich doch eine komische Situation ergeben, hatte der Stadtrat erst vor kurzer Zeit einen Sparauftrag des Einwohnerrates erhalten. Mit der Umstellung auf 100% erneuerbarer Energie würden die Energiekosten um rund einen Drittel höher ausfallen, ohne dass die Steuerzahler dafür nur den geringsten Gegenwert erhalten würden. An dieser Stelle wird an die Sorgfaltspflicht der Einwohnerratsmitglieder appelliert, welche mit den Steuergeldern sorgfältig umzugehen haben. Er gehe deshalb davon aus, dass all die Befürworter des Vorstosses auch privat gewillt sind, die um rund 1/3 höheren Stromrechnungen zu Gunsten von erneuerbaren Energien zu bezahlen. Oder sollen nun zur Besänftigung von deren ideellen Gewissen zu Lasten der Steuerzahler die Umstellung auf erneuerbare Energie bezahlt werden? Dem Postulanten wird empfohlen, seinen unnötigen und nicht durchführbaren Vorstoss zurückzuziehen. Es sollen nicht noch weitere Steuergelder damit vernichtet werden, indem sich Stadtrat und Stadtverwaltung mit diesem Postulat beschäftigen müssen. Allgemein sollte sich der Einwohnerrat darüber Gedanken machen, welchen Sinn oder Unsinn solche Vorstösse haben. Seine Fraktion wird einstimmig gegen eine Überweisung des Postulates stimmen.

Thomas Eugster (FDP) erklärt, es dürfte für die Stadt Liestal mit dem Energiestadt-Label schwierig werden, sollte das Postulat nicht überwiesen werden. Seine Fraktion werde der Postulatsüberweisung zustimmen, bringt aber einige Vorbehalte und Bemerkungen bereits an dieser Stelle an. Man muss sich darüber klar sein, dass der Aufpreis für Rhein- und Solarstrom nichts damit zu tun habe, was schlussendlich aus der Steckdose komme. Aus der Steckdose kommt der Strommix der EBL, mit einem Anteil, wie es im Postulat erwähnt ist. 100% erneuerbare Energien können heute nicht aus der Steckdose bezogen werden. Mit den auf die Naturstromprodukte geschlagenen Aufpreisen, auch Oekosteuer genannt, werden ökologisch sinnvolle Projekte unterstützt. Zudem muss man sich bewusst sein, dass die aus einer solchen Aktion entstehenden Mehrkosten anderswo wieder einzusparen sind. Aus ökologischer Hinsicht würde es mehr Sinn machen, wenn man einer Oekosteuer das Stromsparen vorziehen würde. Und sollten schon finanzielle Mittel aufgewendet werden, so sollten diese eher für Massnahmen zu Gunsten von Stromeinsparungen wie beispielsweise eine LED-Beleuchtung bei der öffentlichen Beleuchtung verwendet werden.

Matthias Zimmermann (SP) erklärt, seine Fraktion unterstütze den Vorstoss und ist erfreut darüber, dass der Stadtrat gewillt ist, diesen zu übernehmen. Zu den vorgängigen Voten möchte er noch einige Bemerkungen anbringen: Der Einwohnerrat kann sich darauf verlassen, dass der Vorstoss aus äusserst kompetenter Hand stammt, da sich der Postulant seit über dreissig Jahren intensiv mit diesem Thema beschäftigt. Betreffend der erwähnten Sorgfaltspflicht des Einwohnerrates sei erwähnt, dass es zur Sorgfaltspflicht gehöre, dass man den nachkommenden Generationen mit gutem Gewissen in die Augen schauen kann, wenn es darum gehe, was man für die Umwelt und die Zukunft gemacht habe. Hinsichtlich der Energieeffizienz könne man wohl das Eine tun, aber das Andere sollte man nicht unterlassen. Jeder mögliche Schritt soll getan werden, damit man nach einem längeren Prozess nicht weiterhin von einer Energieversorgung durch Erdöllieferanten und Atomkraftwerke abhängig bleibe.

Hanspeter Zumsteg (GL) nimmt Bezug auf das Votum von Hansrudolf Schafroth und stellt fest, dass er mit einigen seiner Aussagen Mühe bekunde. Er halte fest, dass auch er Steuern bezahle und bereits heute höhere Stromrechnungen für erneuerbare Energien bezahle.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden. Er selbst werde sich als Mitarbeiter der EBL bei der anschliessenden Abstimmung seiner Stimme enthalten.

://: Mit 27 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat Nr. 2010/107 an den Stadtrat überwiesen.

170 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Motion von Michael Bischof und Martin Spiess der FDP-Fraktion, Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion und Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend „provisorische Nutzung aller technisch möglichen Flächen im Zentrum als Parkplätze während der Bauzeit des neuen Parkhauses Manor“ (Nr. 2010/111)

Die Motion hat folgenden Wortlaut:

*Michael Bischof, FDP
Martin Spiess, FDP
Hanspeter Meyer, SVP
Vreni Wunderlin, GLP*

Motion

zur provisorischen Nutzung aller technisch möglichen Flächen im Zentrum als Ersatzparkplätze während der Bauzeit des neuen Parkhauses Manor

Ab Herbst 2010 soll das Parkhaus Bücheli abgerissen werden und der Neubau der Manor in Angriff genommen werden. Während dieser Zeit fallen über 200 Parkplätze in unmittelbarer Stedtli-Nähe weg. Ersatzparkplätze sind auf dem Konrad-Peter-Areal vorgesehen und auch hochwillkommen, diese können aber nicht als Kunden-Ersatzparkplätze gelten, weil sie zu weit weg sind.

Ebenfalls wird während der Bauzeit die Durchfahrt durch die Büchelstrasse und damit der Zubringer zum Rumpel/Zeughaus erschwert oder verunmöglicht. Für die Liestaler Detaillisten wird dies zu einschneidenden Umsatzeinbussen führen.

In solchen Notsituationen müssen flexible, wirkungsvolle, aber auch unkonventionelle Massnahmen getroffen werden, um das Potential unseres Detailhandelsstandortes zu erhalten. Das Zentrum würde es zulassen, eine bedeutende Anzahl von Übergangs-Parkplätzen für motorisierte Kundinnen und Kunden zu schaffen, ohne den Fussgängerverkehr allzu sehr zu beschneiden. Darum soll der obere Teil der Rathausstrasse und der Kanonengasse sowohl für Parkplätze als auch für die Zufahrt ausgenommen bleiben.

Als flankierende Massnahme müssen alle Parkplätze im Zentrum intensiv bewirtschaftet werden, damit ein Missbrauch durch Dauer-Parkierer möglichst verhindert wird.

Der Stadtrat wird beauftragt, diese Massnahmen bis zum Baubeginn (Abriss Parkhaus Bücheli) mit der Schaffung von möglichst vielen provisorischen Parkfeldern (auf allen technisch möglichen Flächen) und der dazu nötigen Signalisation zu planen und umzusetzen.

Michael Bischof, FDP

Martin Spiess, FDP

Hanspeter Meyer, SVP

Vreni Wunderlin, GLP

Liestal, 16.4.2010

* * * * *

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) informiert darüber, dass die Motionäre ihren Vorstoss betreffend dem letzten Satz im 3. Abschnitt ändern: Der Satz „*Darum soll der obere Teil der Rathausstrasse und der Kanonengasse sowohl für Parkplätze als auch für die Zufahrt ausgenommen bleiben.*“ wird ersatzlos gestrichen.

Das Eintreten auf das Geschäft ist unbestritten.

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, der Stadtrat sei gewillt, den Vorstoss als Postulat, jedoch nicht als Motion zu übernehmen. Damit behält der Stadtrat seine planerischen Freiheiten und kann dort wirken, wo dies aus strategischen Gründen auch Sinn mache. Der Stadtrat ist erpicht darauf, dass gemäss Vorschlag der Arbeitsgruppe Stadt/KMU beim Rest. Ziegelhof 6 Parkplätze und bei der Meyer-Wiggli-Strasse 14 Parkplätze zusätzlich generiert werden sollen. Zudem soll in der Allee die Parkzeit von fünf auf drei Stunden reduziert werden. Auch die orange-markierten Winter-Parkplätze wird es wieder geben. Im Zusammenhang mit der Quartierplanung Manor wird untersucht, ob analog der Migros in Biel bereits der Rohbau als Parkiermöglichkeit genutzt werden könnte. Sollte dies Kostenfolgen mit sich bringen, müsste vom Einwohnerrat noch ein entsprechender Kredit bewilligt werden.

Michael Bischof (FDP) dankt namens der Motionäre für die Bereitschaft des Stadtrates zur Übernahme des Vorstosses als Postulat sowie die stadträtlichen Zusatzinformationen. Mit der inhaltlichen Anpassung des Vorstosses wird es dem Stadtrat ermöglicht, irgendwo zusätzliche Parkflächen zu suchen. Es ist ja allgemein bekannt, dass der Stadtrat in der Rathausstrasse keine zusätzlichen Parkflächen schaffen möchte. Dies ist auch für die Motionäre tabu. Nachdem sich Stadtrat Ruedi Riesen an der Ratssitzung vom März dahingehend geäußert hatte, dass während der Manor-Bautätigkeiten keine zusätzlichen Parkplätze geschaffen werden, wurde als Reaktion die vorliegende Motion eingereicht. Damit will man den politischen Druck aufrecht erhalten. Die Läden in Liestal sind auf das zusätzliche Angebot an Parkplätzen angewiesen. Die Kundschaft macht gemäss Studie rund 20 Prozent des motorisierten Verkehrs aus, dieser Anteil beträgt in Kleinstädten der gleichen Grösse von Liestal aber rund 40 Prozent. Die KMU werden dem Stadtrat noch weitere Verbesserungsvorschläge und konstruktive Ideen unterbreiten. Der Vorstoss soll nicht in ein Postulat umgewandelt werden, denn auch bei einer Motion besteht die Möglichkeit, dem Einwohnerrat nach sechs Monaten einen Zwischenbericht zu erstatten.

Elisabeth Spiess (GL) ist verunsichert, ob der Stadtrat den Vorstoss als Motion oder als Postulat übernehmen würde. Ihre Fraktion ist glücklich darüber, dass die Schaffung von Parkplätzen in der Rathausstrasse nicht mehr zur Diskussion steht. Vor gut einem Monat hatte sie als Anwänderin nicht schlecht gestaunt, als 21 Parkplätze in der Meyer-Wiggli-Strasse weiss markiert wurden, doch muss man unter Berücksichtigung der bevorstehenden Grossbaustellen in Liestal das nötige Verständnis aufbringen. Der Stadtrat macht seine Hausaufgaben, auch ohne dass eine Motion eingereicht werden muss. Hingegen hapert es bei der Bewirtschaftung der zusätzlich geschaffenen Parkplätze. So ist beim Parkingmeter in der Meyer-Wiggli-Strasse seit Wochen ein Zettel mit dem Hinweis angebracht, dass die Parkuhr defekt sei, was natürlich von Dauerparkierern missbraucht wird. Ihre Fraktion wird unter Berücksichtigung der vom Stadtrat in Aussicht gestellten, zusätzlichen neuen Parkplätze weder die Überweisung einer Motion noch die Überweisung eines Postulates unterstützen, da während dem Manor-Bauvorhaben genügend Parkplätze vorhanden sein sollten.

Matthias Zimmermann (SP) erklärt, seine Fraktion kann sich mit der Idee des Vorstosses befreunden, könne aber dem Vorgehen nicht zustimmen. Mit der Motion soll nach der Holzhammer-Methode wieder bei einem subtilen Thema dreingeschlagen werden. Die Idee des Vorstosses ist vermutlich nicht ganz ausgereift und deshalb auch nicht motionsreif. Auf allen technisch möglichen Flächen sollen Parkflächen eingerichtet werden, dabei wird beispielsweise die Stadtbild-Beeinträchtigung nicht berücksichtigt. Der Langsamverkehr muss im Zentrum auch noch Platz haben und so müssten betreffend der Nutzung des öffentlichen Arealen noch Prioritäten und Optimierungen vorgenommen werden. Es fehlen klare Vorgaben

betreffend der Nutzungsdauer des öffentlichen Areals für die gewünschten provisorischen Parkplätze. Dabei ist die von Stadtrat Ruedi Riesen erwähnte mögliche Nutzung des Manor-Parkhauses im Rohbau noch zu berücksichtigen. Die Rathausstrassen-Nutzung als Parkfläche ist für seine Fraktion und vermutlich auch die Kunden sakrosankt. Vom Stadtrat möchte man wissen, wieviele zusätzliche und provisorische Parkplätze im Stedtli während der letzten fünf Jahre geschaffen wurden. Basierend auf diesen Angaben wüsste man, ob mit dem Manor-Neubau per Saldo tatsächlich über 200 Parkplätze weniger zur Verfügung stehen würden. Das überparteiliche Postulat der BPK betreffend „Besucher- und Kundenrückgang durch Baustellen“ (Nr. 2007/186) ist vor über zwei Jahren an den Stadtrat einstimmig überwiesen worden, aber trotz Nachhaken mit einem weiteren Vorstoss von Pascal Porchet nach wie vor unbeantwortet. Der Kommunikation ist im Zusammenhang mit dem Manor-Bauvorhaben die gebührende Beachtung zu schenken und deshalb wird der Stadtrat um einen diesbezüglichen Bericht ersucht. Seine Fraktion kann sich damit einverstanden erklären, dass der Vorstoss an den Stadtrat als Postulat überwiesen würde.

Martin Spiess (FDP) teilt mit, als Detailhändler könne er sagen, dass es nicht um Parkplätze, sondern um diejenigen Kunden gehe, welche in Liestal einkaufen wollen. Ein Grossteil der Kunden ist darauf angewiesen, dass sie ihre Autos in unmittelbarer Nähe des Zentrums abstellen können. Mit dem Abbruch des Parkhauses Bücheli fallen 120 Kunden-Parkplätze und 80 Dauer-Parkplätze weg, wobei nur ein kleiner Teil davon ersetzt wird. Auch die von Stadtrat Riesen erwähnten zusätzlichen 25 – 25 Parkplätze reichen nicht aus, um die wegfallenden 120 Kundenparkplätze im Parkhaus Bücheli ersetzen zu können.

Hanspeter Meyer (SVP) findet, man sollte die automobilisierte Kundschaft nicht gegen die Kunden des Langsamverkehrs ausspielen. Gemäss Studie generiert ein Parkplatz einen Umsatz von 50'000 Franken. Die Schaffung von provisorischen Parkplätzen wird sicher nicht einfach, doch auch unkonventionelle und unbürokratische Lösungen können zur Problem- und Notlösung beitragen. Dank der guten Zusammenarbeit der KMU-Arbeitsgruppen und der Stadt konnte schon einiges erreicht werden. Städte wie Zug, Frauenfeld, Delémont usw. sind ein schlechtes Beispiel dafür, was passiert, wenn die Läden aussterben und die Kundschaft nur noch die Einkaufszentren ausserhalb aufsuchen. Liestal verfügt über einen sehr guten Branchenmix und dieser sollte mit allen Mitteln auch erhalten bleiben. Im Interesse von Liestal wird um die Überweisung der Motion gebeten.

Erika Eichenberger (GL) bemerkt, sie sei eine Kundin von Liestal und deshalb auf das Gewerbe in Liestal angewiesen. Sie selbst ist auch für unbürokratische Lösungen. Der Stadtrat ist bereits daran, jeden denkbaren freien Quadratmeter im Stedtli in provisorische Parkplätze umzuwandeln. Die bereits getroffenen und geplanten Massnahmen sollten nun reichen. Für sie ist die Motion eine Mogelpackung, bei welcher die Rathausstrasse mit einbezogen ist und nicht für die provisorische Nutzung als Parkfläche ausgeschlossen wird. Ihre Fraktion wird der Überweisung des Vorstosses nicht zustimmen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) findet es positiv, dass mit Hinweistafeln auf die zusätzlichen Parkplätze in der Meyer-Wiggli-Strasse aufmerksam gemacht wird. Als Motionärin habe sie keine neuen Argumente, welche für eine Überweisung der Motion sprechen. Sie hoffe aber, dass das Möglichste getan wird, damit zusätzliche provisorische Parkplätze für die Kundschaft geschaffen werden.

Peter Küng (SP) erklärt, er sei wohl der einzige der hier Anwesenden, welcher einen Laden an der Rathausstrasse besitze. An dieser Stelle danke er dem Stadtrat für die Realisierung der provisorischen Parkplätze während der letzten Wintermonate sowie Bemühungen im Zusammenhang mit der Schaffung weiterer Parkplätze. Von den vier Motionären möchte er ein klares Statement, dass die Rathausstrasse ganz klar als mögliche Nutzfläche für die provisorischen Parkplätze ausgenommen ist. Seine Fraktion würde den Vorstoss sowieso nur als Postulat vorbehältlich dessen überweisen, dass die Rathausstrasse auch weiterhin offen bleibt. Er selbst bezweifle die Hochrechnung, dass mit jedem zusätzlichen Parkplatz auch

zusätzlicher Umsatz generiert werden könne. Die Realität in Liestal ist so, dass der Umsatz von den Fussgängern bzw. Kunden abhängt. Wäre dem nicht so, würden sich die Geschäfte am Fischmarkt an einem 1a-Standort befinden. Dies kann er nicht bestätigen, da er die Umsätze seines früheren Ladens am Fischmarkt mit denjenigen seines heutigen Ladens an der Rathausstrasse vergleichen könne. Die Idee des Vorstosses kann grundsätzlich unterstützt werden, zumal diesbezüglich der Stadtrat bereits aktiv tätig ist. Es sollen aber nur provisorische Parkplätze für eine befristete Dauer während der Manor-Bauphase geschaffen werden. Gefruchtet haben sicher auch die stadträtlichen Bemühungen betreffend der Verkehrsführung, hat doch der frühere Suchverkehr merklich nachgelassen. Dennoch sollte der Stadtrat dem von Ratsmitglied Matthias Zimmermann erwähnten Postulat „Besucher- und Kundenrückgang durch Baustellen“ die gebührende Beachtung schenken.

Franz Kaufmann (SP) äussert, es sei inhaltlich alles gesagt worden. Er stellt fest, dass die Überweisung des politischen Vorstosses als Postulat wohl eher eine mehrheitliche Zustimmung finden würde. Den Motionären wird beliebt gemacht, dass sie der Umwandlung von einer Motion in ein Postulat zustimmen.

Michael Bischof (FDP) erklärt, dass sich die Motionäre mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden erklären können. Dies auch mit der Zusicherung und der Änderung des Vorstosses, dass in der Rathausstrasse keine provisorischen Parkplätze geschaffen werden sollen. Die beiden formellen Änderungsanträge werden beim Ratspräsidenten noch deponiert. Betreffend der gemachten Aussage von Ratsmitglied Matthias Zimmermann, dass der Vorstoss unseriös formuliert sei, möchte er sich wehren. Ist dies doch eine relativ grosse Anmassung gegenüber Leuten, welche sich seit Jahren kämpferisch und mit Erfolg für ein kundenfreundliches Einkaufen im Stedtli wehren.

Gehard Schafroth (CVP/EVP/GLP) orientiert, an der heutigen Sitzung wurde nur über Parkplätze, jedoch nicht über deren Gebühren diskutiert. Er mache deshalb den Denkanstoss an dieser Stelle, dass das Gratisparkieren während der ersten Stunde abgeschafft wird, womit ein besserer Umschlag der Parkplätze erreicht würde.

Hanspeter Zumsteg (GL) ist erfreut, dass die Motionäre der Umwandlung ihres Vorstosses in ein Postulat doch noch zustimmen konnten und die Zusammenarbeit zwischen den Arbeitsgruppen der KMU und der Stadt anscheinend besser geworden ist.

Matthias Zimmermann (SP) bittet den Stadtrat, im Interesse aller Beteiligten bei der Umsetzung des Vorstosses auch das Stadtbild und den Langsamverkehr gebührend zu berücksichtigen.

Martin Spiess (FDP) nimmt Bezug auf den Denkanstoss von Gerhard Schafroth. Für die Geschäfte im Zentrum Liestal ist die Gratis-Parkierstunde wichtig, denn damit sind die Spiesse des Liestaler-Gewerbes gleich lang wie diejenigen der umliegenden Einkaufszentren. Wichtig ist aber, dass die Einhaltung und Umsetzung der Gratisparkierstunde auch in Liestal vermehrt kontrolliert würde, damit die Parkplätze nicht von Dauerparkierern belegt werden.

Stadtrat Ruedi Riesen dankt den Motionären dafür, dass diese ihren Vorstoss in ein Postulat umgewandelt haben. Noch vor Fertigstellung der Manor-Neubauten muss sich nächstes Jahr der Einwohnerrat noch Gedanken betreffend dem Parkraum-Konzept sowie Bewirtschaftung der Parkplätze in Liestal machen. Liestal ist wohl die einzige Gemeinde, welche ihre teuersten Parkplätze gratis zur Verfügung stellt. Konzeptionell und grundsätzlich muss sich der Rat noch damit befassen, wieviele Parkflächen an welchen Orten zur Verfügung stehen sollen und wie beispielsweise die Finanzierung von Parkhäusern gesichert werden kann.

Ratspräsident Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass zum Geschäfte keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden. Anstelle des bereits gestrichenen letzten Satzes im 3. Absatz des Vorstosses wird neu festgehalten, dass von allen technisch möglichen Flächen im Zentrum die Rathausstrasse ausgenommen, gemäss schriftlich formuliertem Änderungsantrag der Motionäre.

://: Mit grossem Mehr bei 3 Nein-Stimmen und einer Enthaltung wird das Postulat (vormals Motion) Nr. 2010/111 mit Änderungen an den Stadtrat überwiesen.

Schluss der Sitzung: 19.30 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Adrian Mächler

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann